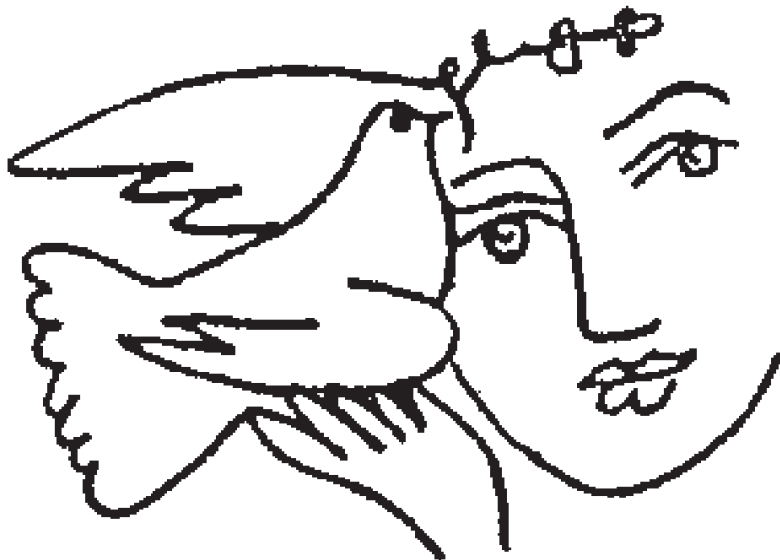


Ostermarsch Rhein-Ruhr 2019



20. April bis 22. April 2019

**mit dem Auftakt in Duisburg
und an zwei weiteren Tagen
über Essen nach Dortmund**

Friedensforum Duisburg



Nachrüstungsflüge und Atomraketen Gefahr

B. Trautvetter

Der von Donald Trump eröffnete neue Streit über den über 30 Jahre alten INF-Abrüstungsvertrag wird von der NATO mitgetragen. Das macht unsere Zeit noch gefährlicher, als sie ohnehin schon war.

Das geschieht – wie wir sehen werden –, damit die NATO sich mit der Fähigkeit ausstattet, eigene strategische Interessen mit neuen nuklearen Marschflugkörpern noch druckvoller durchzusetzen. Die Dülmener Zeitung zitierte Jens Stoltenberg am 4. Januar 2019, er schließe „eine Diskussion über eine atomare Nachrüstung in Europa nicht mehr aus“.

Welcome to the 80s

Das kennen jene bereits, die die Friedensbewegung der 1980er Jahre mitgetragen haben: Damals belog die NATO die Welt mit dem Begriff „Nachrüstung“ für die gleiche Waffenkategorie, um die es jetzt wieder geht. Sie zählte eigene Potentiale nicht mit und erfand die „Nachrüstung“, so als sei man zur Rüstung gezwungen, weil der Gegner das Gleichgewicht des Schreckens bereits zerstört habe. Damals war letztlich der Druck der Friedensbewegung auf die Militärs so groß, dass diese dem Vertrag über das Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa zustimmten und ihre Systeme aus Deutschland und weiteren europäischen NATO-Staaten abzogen.

Schon seit Jahren konnten Kenner/innen damit rechnen, dass die NATO einen erneuten Versuch starten wird, diesen damals unfreiwilligen Abzug ihrer Nuklearpotentiale aus Europa rückgängig zu machen. Diese Situation ist jetzt da. Jürgen Trittin von den Grünen twitterte kürzlich „Welcome to the 80s“.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg äußerte am 4. Januar 2019 in einem dpa-Interview: „Wenn Russland nicht wieder vertragstreu wird, müssen wir uns auf eine Welt ohne den Eckpfeiler der Abrüstungsverträge vorbereiten, den Vertrag zum Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen“. Der Vorwurf gegen den „Feind“ im Osten, er begehe Vertragsbruch, wird durch Wiederholung nicht wahrer; er bedeutet allerdings, niemand wird sich noch an Verträge halten. Zitat Jens Stoltenberg: „Die russische Verletzung des INF-Vertrags untergräbt die Grundlagen einer effektiven Waffenkontrolle und unterminiert die Sicherheit der Alliierten. Das ist ein Teil von Russlands breiterem Verhaltensmuster, das beabsichtigt, die ganze euro-atlantische Sicherheitsarchitektur zu schwächen. Es gibt keinen Zweifel daran, dass die USA vollständig den Vertrag erfüllen. Es gibt keine neuen US-Raketen in Europa. Aber es gibt neue russische Raketen in Europa“.

Diesen Vorwurf bezeichnet das renommierte schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI als unbewiesen. Die Forscher kritisieren im Gegenteil, dass von den USA als Verteidigungssysteme deklarierte Potentiale mit wenig Aufwand in Systeme verwandelt werden können, die den INF-Vertrag verletzen. Der Reih nach: Waffensystem- und Strategie-Entwicklungen haben jahrelange Vorlaufzeiten. Der Mantel medialen Schweigens macht es den Militärs in dieser Zeit möglich, ungestört arbeiten zu können. Dann brauchen sie ein Narrativ, um ihre Pläne und Produkte, soweit sie doch veröffentlicht werden müssen, der Bevölkerung und ihren Volksvertretern mundgerecht verkaufen zu

können, sodass es statt eines Widerstands eine möglichst breite Unterstützung für diese „Operationen“ der Militärs gibt. Dies ist nicht ganz einfach: Es handelt sich um Systeme, die nicht nur teuer sind, die nicht nur volkswirtschaftlichen Reichtum verbrennen – Ressourcen, die in wichtigen Bereichen des Lebens wie Soziales, Infrastruktur, Umwelt, Bildung und Arbeitsmarkt dringend benötigt würden –, sondern die auch noch im Falle ihres bestimmungsgemäßen Einsatzes Tod, Genozid und sogar Homozid, die Auslöschung der Menschheit, mit sich bringen können.

Strategieentwicklung

Das erste aller sogenannten NATO-Centers of Excellence, das Joint Air Power Competence Centre, JAPCC in Kalkar hielt 2014 eine Jahreskonferenz unter dem Titel „Future Vector“ ab. Dort zweifelten die Militärs an, dass es keinen großen Krieg mehr in Europa geben werde. Die Konsequenz jeder vernünftigen verantwortlichen Instanz aus dieser Einschätzung wäre die absolute Priorität auf Konfliktlösung, Spannungs-De-Eskalation, Interessenausgleich in Verhandlungen im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme wie der UNO, der Organisation für Frieden und Zusammenarbeit in Europa, nukleare und allgemeine Abrüstung und das Ziel eines gemeinsamen „europäischen Hauses“ ...

Die Militärs hatten auf der JAPCC-Konferenz eine andere Lösung parat: einen „angemessenen“ – appropriate – Mix aus konventionellen und nuklearen „Fähigkeiten“ – capabilities. An der Aufgabe, diesen Mix zur Verfügung zu stellen, arbeiten sie systematisch. Die NATO-Strategie der Militarisierung soll forciert werden. Was die Propaganda der NATO auslöst: Die Pläne, die man jetzt aktuell als neu kommuniziert, sind es nicht. Bereits 2014 diagnostizierte die JAPCC-Konfe-

renz, die Geschichte Europas sei die von Kriegen und Teilung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe die NATO „eine zentrale Rolle dabei gespielt, ein stabileres Europa zu entwickeln. Sie brachte Frieden auf den Balkan und zwölf neue Mitgliedsstaaten für die atlantische Allianz“.

Einen sogenannten Frieden auf dem Balkan zu bejubeln – das rechnet mit der Blindheit und Vergesslichkeit der Menschen. Seit dem von Deutschland unter seiner damaligen rot-grünen Regierung exerzierten Völkerrechtsbruch 1999 ist der Balkan immer weiter in einem Chaos versunken.

Die NATO steht unmittelbar an der russischen Westgrenze und baut nicht allzu weit davon entfernt Raketenstationen auf, die sie offiziell defensiv nennt, die allerdings im Handumdrehen in Offensivsysteme umgewandelt werden können. Auch ohne den Einsatz nuklearer Potentiale könnte jeder Krieg ein nukleares Inferno werden, schon wegen der circa 200 Atomreaktoren, die quer über diesen dicht besiedelten Kontinent verteilt sind.

Der Beweis für den von der NATO in Abrede gestellten Bruch der Vereinbarungen des Westens mit der Sowjetunion und ihrem Präsidenten Michail Gorbatschow ist leicht zu recherchieren. Es beginnt mit der Tutzinger Rede des damaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher. Zitat: „Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben“. Alles, was seither damit brach – Beitritte oder Partnerschaften –, sei es im Baltikum, in der Ukraine, in Polen, ... blendet die NATO-Propaganda aus, was beweist, dass die Wahrheit immer zu den ersten Opfern der Kriegstreiber gehört.

Klimakatastrophe und Aufrüstung

Das Weltklima ändert sich in einer Geschwindigkeit, die die meisten Voraussagen der Wissenschaftler bei weitem übertrifft.

In den nächsten 50 Jahren werden zwischen 250 Millionen und einer Milliarde Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Das sind jedes Jahr mindestens 6 Millionen neue Vertriebene. Diese Menschen werden innerhalb und über Grenzen hinweg fliehen müssen. Sie werden bei einer Katastrophe schnell und in großer Zahl flüchten oder allmählich, wenn die Trockenheit zu groß und das Wasser knapp wird, oder die Überflutungen ihnen die Lebensgrundlage nehmen. Begrenzte natürliche Ressourcen, wie Trinkwasser, werden knapper. Viele Feldfrüchte und einige Vieharten werden in bestimmten Gebieten nicht überleben können, wenn es zu heiß und trocken oder zu kalt und nass wird. Die Lebensmittelversorgung wird in vielen Regionen der Welt zusammenbrechen.

Die letzte „Hiobsbotschaft“ kam Ende März von der UNO. In den nächsten 10 Jahren wird es bereits zu einer drastischen Erwärmung in der Arktis kommen. Selbst wenn die jetzigen Versprechen zum Klimaschutz eingehalten werden, werden sich die Temperaturen über dem arktischen Ozean bis Mitte des Jahrhunderts um 3 bis 5 Grad Celsius erhöhen“, heißt es dem Bericht „Global Linkages“. Weil der Permafrostboden auftaue und weitere Treibhausgase freisetze, sei das Ziel des Pariser Klimaabkommens gefährdet. „Die Veränderungen in der Arktis nehmen deutlich an Geschwindigkeit zu, und das hat globale Auswirkungen auf uns alle“, erklärte die geschäftsführende Generalsekretärin der Unep, Joyce Msyuya im Vorwort des Berichts.

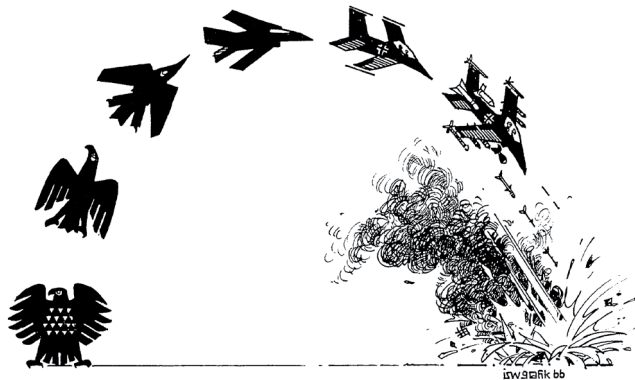
Ebenfalls parallel, soll der Rüstungsetat der NATO-Staaten in den nächsten Jahren dramatisch erhöht werden. 33 Milliarden Euro gibt die BRD heute jedes Jahr dafür aus. Geht es nach den Vorgaben der Nato, soll dieser Etat noch einmal um neun Milliarden Euro erhöht werden. Verteidigungsmi-

nisterin Ursula von der Leyen hat ein milliardenschweres Investitionsprogramm angekündigt. Sie plant, die Mittel für die Bundeswehr von 1,2 auf 2 Prozent des Bruttonsozialprodukts anzuheben. Kanzlerin Angela Merkel geht einen Schritt weiter: Sie kündigte auf dem CDU-Wirtschaftstag an, man werde sich prozentual den Militärausgaben der USA annähern, die derzeit 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Das wären für Deutschland 90 Milliarden Euro jährlich. Deutsche Soldaten sind inzwischen an mehreren Kriegseinsätzen beteiligt, zumeist in Kooperation mit NATO-Verbündeten. Sie treiben Millionen Menschen in die Flucht. Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kamen die meisten Schutzsuchenden aus Syrien (über 35 Prozent). Rund 60 Prozent fliehen aus Regionen, in denen unter Beteiligung von NATO-Mächten Krieg geführt wurde und wird. Syrien hat vor dem Krieg fünf Jahre Trockenheit. Das ist vermutlich kein Zufall.

Die Militärs und die verantwortlichen Politiker sind sich der Tatsache bewusst, dass die Welt der Zukunft von zunehmender Knappheit bedroht ist. Damit kann Mensch auf zweierlei Weise umgehen: Endlich zu einer solidarischen und ökologischen Weltwirtschaft finden und nach gerechten Lösungen für alle Menschen suchen – oder Krieg führen und versuchen mit militärischer Gewalt die Herrschaft über die irdischen Ressourcen zu behalten oder zu erringen. Diese Lösung wird den gewaltsamen Tod von Millionen von Menschen bedeuten. Um diese Ressourcen- und Fluchtabwehrkriege führen zu können, braucht man Streitkräfte, die auf dem gesamten Globus einsatzfähig sind. Es ist auch kein Zufall, dass der französische Präsident in der EU ausgerechnet einen Flugzeugträger bauen möchte. Die Staaten der Welt, vornehmlich die reichen Industriestaaten rüsten auf, um diese Kriege führen zu können, weil den herrschenden Politikern die erste Lösung nicht vorstellbar ist. Deswegen ist der Kampf gegen die Klimakatastrophe im buchstäblichen Sinne Friedensarbeit.

Einen Atomkrieg in Europa verhindern!

Sowohl Russland als auch die USA verfügen heute über Waffensysteme, die entgegen den Statuten des INF-Vertrages eingesetzt werden können. Es ist klar, dass beide Länder gegen den Geist des INF-Vertrages verstoßen: die USA mit dem Aegis-Raketenabwehrsystem und Russland mit den neuen 9M729-Marschflugkörpern.



Ein neues atomares Wettrüsten droht nicht nur, es ist längst in vollem Gange. Profiteure dieses Rüstungswettlaufs sind die Rüstungskonzerne auf Kosten der Bevölkerung. Das erhöhte Risiko eines Atomkriegs (jetzt auch wieder in Europa) durch Fehllarmer, Cyberattacken oder menschliches Versagen steigt noch weiter an.

Die europäischen Staaten und allen voran die deut-

sche Bundesregierung sind gemäß ihrer Verfassung (Grundgesetz) daher in der Pflicht, ihre Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung wahrzunehmen, und hier nicht noch weiter mit den USA eine Menschen verachtende atomare und konventionelle Aufrüstung, insbesondere gegen Russland betreiben zu wollen.

Atomwaffen auf deutschem Boden

Mit dem Tornado-Kampfflugzeug verfügt Deutschland nach wie vor über Atomwaffenträger. Im Fliegerhorst des Jagdbombergeschwaders 33 bei Büchel üben Tornado-Piloten noch immer den Atombombenabwurf über Feindesland, gemäß der Regierungsstrategie der „atomaren Teilhabe“. In Büchel lagern, jederzeit einsatzbereit, mindestens 20 US-Atombomben (jede mit der zehnfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe).

Also für ein Europa in Frieden ist „Abrüsten das Gebot der Stunde“, ehe es sonst zu spät sein wird.

Hierzu nähere Informationen:

www.friedensratschlag.de

www.ippnw.de

www.atomwaffenfrei.de

www.frieden-und-zukunft.de

Ostermarsch Rhein-Ruhr 2019 in Duisburg

Oster-Samstag, 20. April 2019 (OM -Auftaktveranstaltung)

- 10:30 - 12:00 Uhr Auftakt Kuhstraße/Ecke Kuhlenwall
Friedensmarkt mit Informationsständen
Kundgebung: „Abrüstung jetzt!“
Grußwort Bulut Surat, DGB Region Niederrhein
Rede: Axel Köhler-Schnura (Coordination gegen Bayergefahren)
„Konzernmacht und Kriegsgefahr“
Bühnenprogramm mit dem Allerwelt-Ensemble Duisburg
Rede: Marco Bülow (MdB) „Sozialwende statt aufgeblähter Rüstungsetat
und unsäglichen Waffenexporten“
- 12:00 - 12:30 Uhr Demonstration zum Hauptbahnhof über Kuhtor, Sonnenwall,
Friedrich-Wilhelm-Platz, Friedrich-Wilhelm-Straße, Düsseldorfer Straße,
Königstraße, Harry-Epstein-Platz
mit Begleitung durch Marching Band (u. Ltg. Fred Walt)
- 13:00 Uhr Zwischenkundgebung auf dem Harry-Epstein-Platz
- 13:30 Uhr Bahnfahrt nach Düsseldorf zur Teilnahme am Ostermarsch Rheinland

Unterstützen Sie den Ostermarsch 2019 durch Ihre Teilnahme und mit Ihrer Spende!

Friedensforum Duisburg: www.friedensforum-duisburg.de
Jürgen Hagenguth für Friedensforum Duisburg, Sparda-Bank West eG,
IBAN: DE09 3606 0591 0001 3295 96, BIC: GENODED1SPE

Ostermarsch Rhein-Ruhr, c/o DFG-VK NRW, Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund, Email: aufruf19@ostermarsch-ruhr.de, www.ostermarsch-ruhr.de

Spendenkonto: Ostermarsch Ruhr, Stadtparkasse Dortmund, Kto. 321004296, BLZ 44050199,
IBAN: DE79 4405 0199 0321 0042 96, BIC: DORTDE33XXX, Stichwort: „OMRR18“